

Am 1. Mai 2013 machten Gewerkschafter auf der DGB-Demonstration klar: **Wir widersprechen!**

Sie engagieren sich gegen eine enge Kooperation des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) mit der Bundeswehr. Dazu haben Sie gemeinsam mit anderen Mitstreitern den Aufruf »Wir widersprechen!« veröffentlicht. Warum wurde Ihr friedenspolitisches Engagement in der Gewerkschaft überhaupt nötig?

Am 5. Februar 2013 wurden wir alle überrascht von einer gemeinsamen Pressekonferenz des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer mit Thomas de Maizière (CDU), damals noch sogenannter Verteidigungsminister. Sie reichten sich dort nicht nur demonstrativ die Hand. Michael Sommer erklärte vor laufenden Kameras: »Das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung war historisch belastet, das ist es heute nicht mehr.« Im klaren Widerspruch zur Satzung des DGB erklärte Sommer, man müsse alles dafür tun, »die Soldaten anständig auszurüsten«, was einem Freibrief für Aufrüstung gleichkommt. Außerdem wurde angekündigt, daß an einer gemeinsamen Erklärung von DGB und Bundeswehr gearbeitet werden soll.

Wenige Tage später hatte die Frauenfriedenskonferenz ihr Arbeitstreffen, und uns allen war klar: Hier ist es notwendig, daß wir uns zu Wort melden! Deswegen haben wir den Aufruf »Wir widersprechen!« initiiert.

Wie haben die Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen auf Ihre Aktivitäten reagiert?

Überaus positiv! Und die Zustimmung wächst. Auch wenn die Pressekonferenz bereits vor über einem Jahr stattfand, bekommen wir täglich weitere Unterschriften. Viele aber, die uns in der Sache unterstützen, haben noch nicht unterzeichnet. Das ist schade.

Unterstützung erhalten wir auch aus der Friedensbewegung. Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner hat etwa dafür gesorgt, daß man unseren Aufruf inzwischen auch online unterzeichnen kann, und die Informationsstelle Militarisierung in Tübingen hat die Internetseite www.wir-widersprechen.de aufgebaut und pflegt sie. Dafür sind wir sehr dankbar.

Werden Sie die anstehenden Kundgebungen und Demonstrationen anlässlich des diesjährigen Arbeiterkampftages für weitere friedenspolitische Aktionen nutzen?

Wir selbst können das nicht flächendeckend machen – wir sind in München am 1. Mai bei der DGB-Demonstration und -Kundgebung und werden dort das uns mögliche tun. Aber wir hoffen natürlich, daß in vielen Städten der 1. Mai dazu genutzt wird, weitere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für unseren Aufruf zu gewinnen. Jede und jeder zählt.

Also sehen Sie durchaus die Chance, daß der DGB-Vorstand aufgrund der



TOBIAS HASEBRODA

»Wir wollen keinen Schulter-schluß mit der Armee«

Gewerkschafterinnen machen gegen Kooperation zwischen DGB und Bundeswehr mobil. **Gespräch mit Hedwig Krimmer**

vielen Unterstützer doch noch undenkt?

Gewerkschaften sind demokratische Organisationen. Vom 11. bis zum 16. Mai findet in Berlin der DGB-Bundeskongress statt, dort liegt ein entsprechender Antrag auf dem Tisch. Selbstverständlich sind unter den Delegierten auch Unterzeichner unseres Aufrufs. Und natürlich ist es für diese Delegierten wichtig, sich in Einklang mit vielen Gewerkschaftern zu wissen, die ebenso keinen Schulter-schluß des DGB mit der Armee wollen.

Im übrigen: Man muß in einer so gro-

ßen Organisation auch einen langen Atem haben. Ich erinnere nur daran: Noch vor zehn Jahren gab es im DGB keine Mehrheit für einen gesetzlichen Mindestlohn. Erst auf dem Bundeskongress 2006 kippte diese Haltung.

Jedoch geht es bei dem Umdenken um viel mehr. Es geht um unsere Unabhängigkeit von einer Regierung, die sich nicht scheut, uns als Kanonenfutter für die Interessen des Kapitals einzusetzen. Die Sache des Friedens ist zu wichtig, um sie denjenigen zu überlassen, die am Krieg verdienen!

Interview: Markus Bernhardt



Hedwig Krimmer ist Gewerkschaftssekretärin in München und Mitbegründerin der Initiative Frauenfriedenskonferenz

www.wir-widersprechen.de

Markus Bernhardt ist freier Journalist und Autor und beschäftigt sich maßgeblich mit den Themen Innenpolitik und Antifaschismus